

## **Antrag 98/11/2024**

### **Beschluss**

**Angenommen im Konsens**

### **Erhalt der Finanzierung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA)**

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesvorstand möge beschließen:

Die Landesgruppe der SPD Berlin muss sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) über das Jahr 2024 hinaus fortgeführt und auf das erforderliche Niveau angehoben wird. Dabei müssen sie sicherstellen, dass nicht drastisch gekürzt werden. Die geplanten 25.000 Euro stehen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Finanzierungsbedarf (1.249.000 Euro) und gefährden die Fortführung der Arbeit von MIA, die erst kürzlich begonnen hat und bereits signifikante Ergebnisse erzielt hat. Die Kürzungen machen es unmöglich, das 10-köpfige Team sowie die sechs regionalen Meldestellen aufrechtzuerhalten.

#### **Überweisen an**

Landesgruppe